

„Gemeinsam vorwärts“

■ OTHMAR KARAS



Othmar Karas ist Politiker und Leiter der ÖVP Delegation im Europäischen Parlament.

Die Migrationsthemen und Flüchtlingsströme haben in den letzten Jahren Europa und die Welt stark bewegt. Aus diesem Grund war es mir eine besondere Freude an der Tagung des Katholischen AkademikerInnenverbands Österreichs am 11. November 2016 zum Thema „*Das verunsicherte Europa. Migration-Integration-Segregation*“ in Wien teilzunehmen. Die intensive Diskussion hat gezeigt, dass es viele Unsicherheiten und unterschiedliche Sichtweisen gibt, aber auch unbegründete Schuldzuweisungen.

Sorgen und Ängste Besser verstehen

Umso wichtiger ist der Austausch, der uns hilft, die Sorgen und Ängste der anderen besser zu verstehen. Deshalb müssen wir den Dialog auch weiterhin offen gestalten und dürfen keinen Zweifel aufkommen lassen, dass Migration und Integration Hand in Hand gehen müssen, um jegliche Form der Segregation zu vermeiden. Migration braucht Integration! Leider wird die öffentliche Debatte zunehmend von populistischen Bestrebungen befeuert, die oft gefühlte Realitäten schaffen. Der Irrglaube, wir würden in Europa von Horden von Migranten überrannt, entspricht schlicht nicht den Tatsachen.

65,3 Millionen auf der Flucht

Weltweit leben laut der Vereinten Nationen rund 244 Millionen Menschen nicht in ihrem Geburtsland und gelten somit als sogenannte internationale Migranten. Gleichzeitig befinden sich mit 65,3 Millionen so viele Menschen auf der Flucht wie noch nie zuvor. Die große Mehrheit der Flüchtlinge hält sich außerhalb Europas auf. 86 Prozent

der Flüchtlinge finden in Ländern mit niedrigem bis mittlerem Einkommen Schutz. In der EU machen Flüchtlinge derzeit unter 0,3 Prozent der 508 Millionen Bürger aus. Setzen wir dies in Relation: weltweit ist die Türkei mit 3,2 Millionen Flüchtlingen das größte Aufnahmeland. Im Libanon, einem Land so groß wie Tirol, dessen Einwohner nur ein Fünftel des Wohlstandes der EU genießen, sind etwa ein Viertel der Bevölkerung Flüchtlinge. Allein Jordanien hat mehr Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen als alle EU-Mitgliedsstaaten zusammen.

Fehlender Wille zur Umsetzung

Wir müssen uns dieser Realität stellen und die Herausforderungen gemeinsam bewältigen. Dabei hängt unsere Handlungsfähigkeit stark vom politischen Willen der Mitgliedstaaten ab.

Vieles ist schon passiert. Die Europäische Kommission hat zahlreiche Gesetzesvorschläge vorgelegt: Ursachenbekämpfung, Hilfe beim Außengrenzschutz, legale Migration, einheitliche Asylregeln, Flüchtlingsaufteilung und -rückführung. Im Europäischen Parlament haben wir manche Gesetze in beschleunigten Verfahren beschlossen. Nicht an Ideen und Beschlüssen mangelt es, sondern am fehlenden Willen diese umzusetzen sowie an politischem Mut und gemeinschaftlicher Verantwortung der Mitgliedsstaaten. Es sind die nationalen und regionalen Alleingänge, die zu Blockaden führen und die EU handlungsunfähig machen.

EU als Sündenbock

Doch wird in der Öffentlichkeit das Vetorecht der Mitgliedsstaaten gerne unter den

Tisch gekehrt und „die EU“ für Ihre Handlungsunfähigkeit verantwortlich gemacht. Dabei hat sie in Migrationsfragen kaum Zuständigkeiten. Aus diesem Grund müssen wir die Entscheidungsmechanismen im Rat ändern und die Einstimmigkeit durch Mehrstimmigkeit ersetzen. Wir stehen vor einer gemeinsamen Herausforderung, doch fehlen uns die wichtigen gemeinsamen Kompetenzen und Instrumente um diese rasch und nachhaltig zu bewältigen. Wenn jeder EU-Staat macht was er will, wird die europäische Gemeinschaft auf jeden Fall ein Verlierer sein. Um die zunehmend komplexen globalen Herausforderungen wie Migration und Flucht nachhaltig erfolgreich zu meistern, benötigen wir gemeinsame Regeln und Lösungen. Eine Einzelmaßnahme alleine reicht nicht aus. Deshalb müssen wir die europäische Gemeinschaft stärken.

Spiel mit Ängsten der Menschen

Wie in vielen anderen derzeit drängenden Fragen sind es der mangelnde politische Wille gemeinsam zu handeln, das Spielen mit den Sorgen und Ängsten der Menschen, der Populismus und Nationalismus, die Stolpersteine in den Weg legen. Der Handlungsfähigkeit der EU wird Schaden zugefügt. Der Vertrauensverlust der BürgerInnen in die Politik und die generelle Verunsicherung nehmen dadurch leider zu. Anstatt vor den Stimmungen in die Knie zu gehen, müssen wir uns mit ihnen auseinandersetzen, den öffentlichen Diskurs aufrichtig führen und zu unserer europäischen Mitverantwortung stehen.

Solidarität der Tat

Bereits Robert Schuman erklärte am 9. Mai 1950, als er die Gründung einer Europäischen Gemeinschaft für Kohle und Stahl anregte: „Europa lässt sich nicht mit einem Schlage herstellen und auch nicht durch eine einfache Zusammenfassung. Es wird durch konkrete Tatsachen entstehen, die zunächst eine Solidarität der Tat schaffen.“ Daher appelliere ich an uns, die aktuelle

Situation entschlossen als Geburtsstunde einer gemeinsamen Europäischen Außen-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik, einer gemeinsamen Entwicklungs-, Migrations- und Integrationspolitik zu verstehen.

EU ist Teil der Lösung

Die EU ist zentraler Teil einer nachhaltigen Lösung. Daher sollten wir unsere ganze Kraft dafür einsetzen, sie weiterzuentwickeln und besser zu machen. Das können wir nur gemeinsam schaffen. Veranstaltungen wie des Katholischen AkademikerInnenverbands sind eben deshalb so wichtig, weil sie Plattformen bieten um sich auszutauschen, zu informieren und zu lernen. Ich habe mich gefreut teilnehmen zu dürfen und hoffe auf weitere Initiativen. ■

■ **Allein Jordanien hat mehr Flüchtlinge aus Syrien aufgenommen als alle EU-Mitgliedsstaaten zusammen.**



Michael Triegel, Ave Maria, 2016, Zinklitografie, 107,5 × 75,5 cm, KULTUMdepot Graz, aus: VULGATA. 77 Zugriffe auf die Bibel (2017)